

Phosphor
Condensiertes Milch
Beste Kindermilch
Breslauer Holzkohl
Kohlr. Phosph.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang.

Curt Heinslus
Dresden-N., Tloekstr. 12
Fertigdruck-Anst. H. 3100.
Mehrjährige Garantie.
Kostenvollst. Preise.
8 Mal primirt, 60,000 St. in Funktion.

Geräuschlose
Thürschliesser
B. dopp. Luftschlossung, gewalts. Schließen schädlich.

Dresden, 1894.

Simon's Annenhof
Dresden.
Vorzügliches
Mittellands-Restaurant
für Geschäfts- und Ver-
gnügungs-Reisende,
Familien und Touristen.
Im Centrum der Stadt.
Gutes Restaurant
Bürgerl. Pilsener.
Mässige Preise.

L. Weidig
Nr. 34 Waisenhaus-Strasse Nr. 34.
Grosso Auswahl in Neuheiten
hochelegant garnirter Damenhüte
in jeder Preislage.
Regelmässige persönliche Einkäufe u. Modestudien in Berlin, Paris, Wien.

Alle technischen Waaren von
Gummi Asbest
Dichtungen, Steppdecken-Packungen, Schläuche, Walzen, Klappen,
Wasserstandsgeräte, Oel-
Isolierstoffe
Gummifabrik Reinhardt Leupold, Dresden-A., Wilsdruffstr. 11
Tel. 263

St. Gotthard, aromatischer Alpenkräuter-
Magenbitter vom Apotheker
A. Kretschmar in Chem-
nitz ist der beste und gesündeste Magenlikör der Welt.
Derselbe macht Appetit, stärkt den Magen, die Verdauung
u. heilt verdorb. Magen. St. Gotthard ist zu haben in all
gr. Colonialw.-u. Drogeriehdg., Apothek., Delicatessengesch.,
Conditorien, Weinhandlungen und Restaurationen.

Havelocks
in großer
Auswahl
von
15 Mt. an

Altmarkt. Robert Kunze. Rathhaus.
Reise-Artikel, Herren-Modewaaren, Lederwaaren.

Herrenhüte
englische
und Wiener
Neuheiten
6-12 Mt.

Nr. 282. Spiegel: Aktion der Regierung. Hofnachrichten, Reichstagsberichte, Haushaltungsschulen, Vollaag Jubiläum, Staats-
bahnbeamtenverein, Gerichtsverhandlungen, Lotterieliste, Tagesgeschichte.

Wetter: Seiter, leicht bewölkt. **Dienstag, 9. Oktober.**

Politisches.

Aus den biden Nebeln, in welche die halbamtliche Presse ge-
fährlich das kaiserliche Programm zur Bekämpfung der Umsturz-
parteien zu hüllen suchte, taucht nun endlich die Aussicht empor,
dass die geplante Aktion gegen die anarchisch-sozialdemokratische
Propaganda greifbare Gestalt annehmen wird. Graf Caprivi hat
im Jagdschloss von Lubersdorf, wo sich zur Zeit auch der
neuliche Ministerpräsident Graf Eulenburg als Jagdgast des
Staates aufhielt, die Befehle seines Herrn entgegengenommen, und
die entscheidenden Beratungen im Bundesrat und im preussischen
Ministerium bürdet unmittelbar befohlen. Es ist die höchste
Zeit, dass man etwas Positives über die Absichten der regierenden
Partei erfährt und den Beweis erhält, dass der Mangel an In-
itiative der Regierung nicht auf der gleichen Stufe steht, wie die
fammerliche Bescheidenheit und Uneinigkeit der Parteien, die soeben
noch trotz des kräftigen kaiserlichen Appells zum Zusammenbruch
aller staatsverhaltenden Elemente in den auffälligsten Formen zu
Tage getreten ist. Der Worte sind wahrhaftig in den letzten
Wochen genug gewechselt worden, und wenn man nun nicht endlich
Thaten sieht, so tritt die Gefahr ein, dass die kampfhaften Besätze
der öffentlichen Presse, ein energisches gegenüberstehendes Vorgehen
gegen die Umsturzparteien zu hinterziehen und ein einheitliches
Zusammenarbeiten aller nationalgesinnten Kräfte zu erschweren,
von Erfolg gekrönt werden.

Wie auch das Aktionsprogramm im Einzelnen beschaffen sein
wird, in allen Fällen bedeutet das Eingeständnis, dass man der
unzulässigen Propaganda gegenüber den monarchischen Grund-
sätzen des absoluten Gewaltherrschafts nicht länger aufrecht erhalten
darf, ein Eingeständnis in das Jahrwasser des alten Kurzes, eine
Bekennung zu dem antimonarchischen Grundgedanken der Sozialdemo-
kratischen Politik, das eine Verklärung der staatlichen Machtmittel zur
Eindämmung und zur Schutzwehr gegen die revolutionären Ver-
suchungen ein Gebot der Selbsterhaltung ist. Nicht darauf kommt
es an, dass gerade der Weg der Ausnahmeverordnung beschritten
wird, sondern darauf, dass vermöge durchgreifender Massnahmen
der Reichsregierung wie der Verwaltung die Ueberzeugung wieder zur
praktischen Geltung gebracht wird, dass die Sozialdemokratie nicht eine
den übrigen politischen Parteien gleichberechtigte Partei sei. Das Ver-
halten der Reichsregierung in den letzten vier Jahren war hauptsächlich
ein solches, das man wohl den Eindruck gewinnen konnte, als be-
trachte die Berliner Regierung die sozialdemokratische Bewegung und
deren agitatorische Betätigung nicht für staatsgefährlich. Hat sich
doch vor Kurzem bei Eröffnung des Jahres Alons die philosophische
Fakultät der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität ausdrücklich
darauf berufen, dass die sozialdemokratische Bewegung eines
Dokuments um so weniger der Gegenstand ihrer Erörterungen sein
dürfte, als die Regierung die Sozialdemokratie für eine berechnete
„politische Partei“ ansieht und mit ihr verfährt. Auch in der gericht-
lichen Praxis scheint vielfach die Ansicht maßgebend geworden zu
sein, dass man die Sozialdemokratie unter denselben Gesichts-
punkte beurteilen müsse, wie andere politische Faktoren im öffent-
lichen Leben, dass daher notorische sozialdemokratische Bestrebungen
einen staatsunwürdigen Charakter nicht an sich tragen. Dem
man muss sich doch wundern, dass der § 130 des Reichsstrafgeset-
zbuches, nach welchem Verleumdung mit Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren
bedroht wird, der in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise
verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten gegen ein-
ander öffentlich anreizt, so selten in Wirksamkeit getreten ist. Wie oft
ist diese Anreizung in sozialdemokratischen und anarchischen Blättern
und Versammlungen erfolgt, ohne dass jener Paragraph in An-
wendung gebracht worden ist!

Am 1. Oktober waren vier Jahre seit der Aufhebung des
Sozialistengesetzes verfloßen, ein hinreichend langer Zeitraum, um
feststellen zu können, welche Wirkungen mit dem Verzicht auf
dieses Zwangsgesetz erreicht worden sind. Die Optimisten des
neuen Kurzes hatten erwartet, dass sich nach dem Fortfalle des
Ausnahmengesetzes die Sozialdemokratie aus einer Revolutions-
partei in eine Reformpartei umwandeln oder dass sie sich wohl gar
in ihre ursprünglich heterogenen Elemente auflösen würde, die unter
dem Druck des Gesetzes zusammengedrückt worden waren. Keine
von beiden Erwartungen hat sich erfüllt. Wenn es auch nicht an
Streitigkeiten zwischen Alten und Jungen gefehlt hat und wenn
auch die Taktik der Sozialdemokratie in den letzten Jahren eine
andere geworden ist, so darf man doch nicht übersehen, dass jene
Differenzen indes mit untergeordneter Rolle gewesen sind
und niemals die Einheit der Partei in entscheidenden Momenten
im geringsten beeinträchtigt oder ihre Aktionskraft erschwert haben
und dass sich die Führer eine gewisse Abhängigkeit nicht nur
aus kluger opportunistischer Berechnung auferlegt haben. Nicht
berechtigt zu der Annahme, dass die Partei bereit ist, sich grund-
sätzlich auf den Boden der bestehenden sozialen und wirtschaft-
lichen Ordnung zu stellen. Das Programm trägt in der Haupt-
sache heute noch denselben revolutionären Charakter wie vor
4 Jahren, und nach wie vor ist der große Hebelische Kladderadatsch
das Endziel der Sozialdemokratie, denn sie sich vermöge der un-
beschränkten Bewegungsfreiheit, die ihr seit dem Ausrücktreten des
Sozialistengesetzes gewährt worden ist, um eine beträchtliche Woge-
höhe gehöhrt hat. Die Partei hat seitdem intensiv wie extensiv
große Fortschritte gemacht: sie hat ihre Organisationskraft befestigt
und erweitert, ihre verstärkte Agitation hat sich auf immer größere
Schichten der Bevölkerung ausgedehnt, die Zahl der sozialdemo-

kratischen Stimmen und Mandate ist um mehr als 25 Prozent ge-
wachsen.
Mit der Feststellung dieser tatsächlichen Wirkungen, welche
durch die Aufhebung des Sozialistengesetzes erzielt worden sind, soll
keineswegs gesagt werden, dass das Aktionsprogramm der Regierung
notwendig auf eine Einmütigkeit dieses Gesetzes abzielen müsse.
Werkvoller würde es vielmehr sein, wenn die Handhaben, welche
das ehemalige Sozialistengesetz provisorisch enthielt, dauernd in
das sogenannte gemeine Recht aufgenommen würden. Das kann
selbstverständlich nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung erfolgen.
Von offizieller Seite ist dem Reichstanzler die fleißigste Auf-
sichtung zugeschrieben worden, dass er angesichts der gegenwärtigen
Zusammensetzung des Reichstages davon zurückzusehen, diesen Weg
zu betreten, weil er sich davon keinen Erfolg versprechen könne; und
zu „fürchten“, wird von Offiziellen versichert, werde er doch nicht sein,
die Zustimmung zu etwaigen antisozialdemokratischen Vorlagen
durch die Auflösung des Reichstages erzwingen zu wollen. Eine
solche „Fürcht“ würde aber vielmehr gar nicht notwendig sein,
wenn die Regierung von vornherein mit unbegrenzter Entschieden-
heit die Durchführung ihres Aktionsprogramms in's Werk setzt.
Auf die Zustimmung der Konservativen und der Nationalliberalen
darf die Regierung rechnen, falls das Aktionsprogramm so be-
schaffen ist, dass es eine wirksame Abwehr der Umsturzbestrebungen
verbürgt. Die ehemaligen Kartellparteien bilden freilich noch keine
Reichstagsmehrheit; aber es unterliegt keinem Zweifel, dass auch
der größere Teil des Centrums für ein gesetzgeberisches Vorgehen
gegen die Umsturzpropaganda zu haben sein wird. Die führenden
ultramontanen Blätter Bayerns haben dieser Tage die Wohl-
wolligkeit betont, auf dem Boden des gemeinen Rechts Maß-
regeln zu treffen, um die öffentliche Ordnung, Staat und Gesell-
schaft zu schützen. Dieser Standpunkt entspricht vollkommen der
Auffassung, die das Oberhaupt der katholischen Kirche, der Papst,
mehr als einmal mit Nachdruck bekundet hat; sie stimmt auch mit
den Traditionen der Politik des Centrumsführers Windthorst
überein, der wiederholt im Reichstage Anträge gestellt hat, durch
welche der Bundesrat ersucht werden sollte, an Stelle des So-
zialistengesetzes einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der das allgemeine
Recht insofern abändere und ergänze, als es bedürfe, um den
Staat und die Gesellschaft nachhaltig und dauernd vor den be-
sonderen Gefahren zu schützen, deren zeitweilige Abwehr jenes
unvermeidliche Gesetz beweist hatte.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 8. Oktober.

Berlin. Der Kaiser wohnte am Sonntag in Friedrich der
Entfaltung des Denkmal Friedrich I. bei. — Der Vor-
wärt, dass die deutsche Regierung nicht energisch genug für die
deutschen Gläubiger Posten eingetreten ist, wird von der
offiziellen Norddeutschen als unbegründet zurückgewiesen. Wenn
auf das Vorgehen der französischen Regierung hingewiesen werde,
so sei dies dem deutschen Beispiel zur Erläuterung, nachdem die
deutschen Gläubiger ihren Anspruch durchgesetzt hätten. England
lehne eine Intervention in solchen Fällen grundsätzlich ab, indem
es von dem Gesichtspunkt ausgehe, dass, wer sein Geld in europäischen
Anleihen anlegt, auch das Risiko für den höheren Zinsgewinn über-
nehmen müsse. — Der ostliche Sekretär der Kaiserin, Schenk-
Winkelmann zu Berlin, erhielt das Kaiserliche Kommando des
Albrechtsbundes. — Morgen feiert der Tag wieder, an dem vor
nimmlich 20 Jahren durch den in Berlin erfolgten Abschluss des
allgemeinen Konventions der Grund zu dem Reichsoberhaupt
wurde. Der Verein umfasst gegenwärtig ein Gesamtgebiet
von 11087. Quadratkilometern mit jährlich einer
Milliarde Bewohner. — Der 5. Parteitag der norddeutschen
Demokraten hat gestern 23 Mann nach in Berlin getagt und den
Parteiausschuss beauftragt, den Beschluss der norddeutschen Demo-
kraten an die jüdische Volkspartei zur Abstimmung an die Mit-
glieder in den Wahlkreisen zu bringen. In der Debatte musste
man einen Abzug der norddeutschen demokratischen Partei zu-
geben, erwartete aber den gänzlichen Verfall der freikämpfigen
Volkspartei und damit eine neue Aera für die norddeutsche De-
mokratie.

Berlin. Graf Kanitz erklärt die Königsberger Jorellen-
geschichte für erfindend.
Dresden. Die Grenzübertragung bei Mustowitz ist gestern auf-
gehoben worden, auch der Grenzübertragung aus Letztetelch wurde
gestern für den Verkehr eröffnet.
Posen. Aus Ales wird gemeldet: Zwischen den Stationen
Wesce und Trol in der Suburbahn sind zwei Züge zusammen-
gefahren. Eine Lokomotive und 11 Waggons sind total zer-
trümmert, 3 Personen wurden getötet und 5 schwer verletzt.
Wiesbaden. Bei dem Weiter Wilsdruff fand in der Nacht
zum Sonntag ein Habselbstmord statt. Einzelheiten fehlen noch,
doch ist dabei wahrscheinlich niemand verletzt. Gestern in Wilsdruff,
welches von Wilsdruff requiriert wurde, hier eingetroffen.
Augsburg. Bischof Bantanus von Dinkel ist gestorben.
Pest. Im Magnatenhaus sprach betrefis der Resorption der
Juden Sonntag (liberal) für die Vorlage, Graf Ferdinand Zich
dagegen. Er liehe und achte die israelitischen Mitglieder, die gute
Soldaten seien, doch könne er als Christ nicht zugeben, dass ein
Christ Jude werden könne. Der Kultusminister Goretzow und der
Präsident des obersten Gerichtshofs Daraband vertheidigten die
Vorlage und bekräftigten den christlichen dogmatischen Stand-
punkt. Oberhofmarschall Graf Szecen vertheidigte den Anti-
semitismus auf das Stärkste, erklärte jedoch die Bestimmung für
unannehmbar, dass unzüchtige Kinder mit den Eltern co ipso zum
Ausschluss übergeben. Der kaiserliche Kultusminister Graf Goltz
trat für die Vorlage ein mit der Begründung, dass man Niemandem
eine Religion anbelehnen oder verbieten könne.
Budapest. Bei dem Ministerpräsidenten Dr. Bekerle fand
gestern Abend eine Konferenz der liberalen Partei des Magnaten-
hauses statt, in welcher eine vorübergehende Organisation beim
Bemerkung ähnlicher Anstalten wie die am vergangenen Sonn-
abend vereinbart wurde.
Lemberg. Eine gestern hier abgehaltene sozialdemokratische
Arbeiterversammlung nahm eine Resolution zu Gunsten des all-
gemeinen Wahlrechts an. Nachmittags durchzogen die Arbeiter
die Stadt unter Gesängen auf das allgemeine Wahlrecht. Die
Tude wurde jedoch nirgends aufges.

West. Das Magnatenhaus nahm den Weichentwurf, be-
treffend die Religion der Kinder, in der Generaldebatte an, nach-
dem auch der Fürstbischof von Breslau dafür eingetreten war. Die
Regierung beschließt die Weichentwurf der vom Magnaten-
haus abgelehnten Vorlage, womöglich noch im Oktober.

Paris. Es wird berichtet, die Entsendung von vier fran-
zösischen Kriegsschiffen nach China erfolge bereits im Einber-
nehmen mit den beteiligten Mächten.

Paris. In der Nähe des Bahnhofs von Le Mans stieg
ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Drei Eisenbahn-
beamte wurden schwer verletzt, sechs Waggons und eine Lokomo-
tive stark beschädigt.

Rive de Gier. In einem Kofferhaus kam es zwischen
französischen und italienischen Arbeitern zu einem Streit. Zwei
wurden verwundet, darunter drei schwer. Es fanden fünf Ver-
haftungen statt.

London. Der Mann, der am letzten Freitag verurteilt, in
den Wogen des Deitzog von York in Verhaftung zu bringen, wurde
vom Polizeigericht der genannten Stadt für unfähig erklärt.

Petersburg. Die Truppenabteilung, welche unter dem
Kommando des Generals Reichenow zum Schutz der russischen
Grenze gegen chinesische Mächtigkeiten an die Grenze geschickt
wurde, soll aus einem ostbaltischen Schützenbataillon, zwei
Sotnien Kosaken und drei Batterien bestehen.

Petersburg. In allen Kirchen sind Gebete für den Czaren
angeordnet.

Sibirien. Offiziellen Nachrichten zufolge hat der Czare mit
der ganzen Familie beschlossen, auf der Insel Koru zu überwintern,
wo König Georg ihm sein Palais zur Verfügung gestellt hat. Die
kaiserliche Yacht „Jazowka“ ist schon nach dem Winter beordert.

Der König von Griechenland wird sich schon vorher nach Koru
begeben, um den Kaiser dort zu empfangen. — Vorgesetzt wurde
ein Reichsoberhaupt in Lania wegen geheimer Unterstützung der
Mächtigkeiten verhaftet.

New York. Der vierte Teil der Stadt Detroit steht seit gestern
in Flammen. Mehrere große Fabriken und eine große Wä-
scherei sind ein Raub der Flammen geworden. Bei den Ver-
stärkungen sind 15 Personen theils schwer, theils leicht verletzt worden.
Vier verbrannte Leichen sind unter den Trümmern hervorgezogen
worden.

Tientsin. Der Kapitän des Dampfers „Yenchow“ be-
richtet, zehn Meilen von dem Nordostufer bei Chefoo sieben
große japanische Kriegsschiffe angeordnet zu haben, die sich nach
den Bewegungen des chinesischen Seeflottenwessers erkundigt hätten.

Die Berliner Börse eröffnete matter als Wiener
Notierungen, befestigte sich aber dann wieder allmählich.
Von Banken erzielten namentlich Diskontokommandit nach schwachem
Beginn eine kräftige Erholung. Von Eisenbahnen ist namentlich
und deutsch-städtische befestigt und höher. Kautempere nach vorüber-
gehender Schwäche besser befestigt. Kohlen auf Deutungen höher.
Von fremden Renten Italiener auf Paris steigend, Russen und
Österreich ebenfalls höher. Zahlungssachen befestigt. Am
Nachmittag stellten sich deutsche Anleihen fast durchweg höher,
von fremden Zerben abgesehen: Dänischen, namentlich
Industrien, vielfach procentweise höher. Privatbank 1 1/2 Pro-
zent, Nachbörse befestigt. Wetter: Bedeckt, Unfruchtbar.

Frankfurt a. M. 8. Okt. (Schl.) Credit 200.25, Diskontokom 102.20, Dresdner
Bank 131.50, Lombarden 97.25, Anleihe 124.50, Riga 69.10, Portugiesen
10.40, Schweizer 100.00, Wechsel 100.00, Lütticher 100.00, etc.

Berlin. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, Berliner 67.25,
Sächsische 67.25, Preussische 67.25, etc.

Paris. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Wien. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

London. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Madrid. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

St. Petersburg. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Warschau. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Breslau. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Frankfurt a. M. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Dresden. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Leipzig. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Chemnitz. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Regensburg. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

München. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Bayern. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Preussen. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Sachsen. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Schlesien. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Pommern. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Brandenburg. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Magdeburg. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Hannover. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Oldenburg. 8. Okt. (Schl.) Rente 102.25, Staatsanleihe 122.50, etc.

Stefan's realitäre Sinderwidh. **Stadtm.**
Dresdner Marktstr. 79. **Interess.**